

Hoffnung für die Menschenrechte in Mexiko?

Erwartungen an die neue Regierung von López Obrador

Dokumentation der internationalen Tagung



Foto: © José C. López, INIMEX

Diese Dokumentation gibt ausschließlich Ausführungen von Referent*innen sowie Tagungsteilnehmer*innen wieder. Alle Rechte an den Beiträgen liegen bei den Autor*innen.

August 2019

© Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko /
Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en
México

Blumenstraße 19
70182 Stuttgart
Deutschland
fon (+49) 711 57 64 68 79
fax: (+49) 711 24 83 97 22

Email: info@mexiko-koordination.de

Web: www.mexiko-koordination.de

Multimedia Dokumentation der Tagung:

<https://www.mexiko-koordination.de/tagung-menschenrechte-mexiko-2019/>

Facebook: <https://www.facebook.com/DMRKMexiko/>

Hoffnung für die Menschenrechte in Mexiko? – Erwartungen an die neue Regierung von López Obrador

Berlin, Deutschland, 28. und 29. März 2019

Anlässlich des Regierungswechsels am 1. Dezember 2018 analysierte die *Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko* (DMRKM) mit ihren 15 Mitgliedsorganisationen, der *Heinrich Böll-Stiftung* und *Reporter ohne Grenzen* auf einer internationalen Berliner Tagung im März 2019 die aktuelle Menschenrechtslage in Mexiko. Im Fokus stand dabei die Situation der Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen. Gemeinsam mit mexikanischen Gästen konzentrierte sich die Diskussion auf vier besonders verwundbare Gruppen: Migrant*innen, die indigene Landbevölkerung, die LGBTIQ*-Community und Journalist*innen. Gemeinsam wurde der Frage nachgegangen „Was tun?“ und Handlungsoptionen für Mexiko und die internationale Gemeinschaft ausgearbeitet.

Inhaltsverzeichnis

Überblick. Ein Panorama der Unsicherheit	2
Regierung unter López Obrador: Kritik und Optimismus	2
Vier Felder von Menschenrechtsverletzungen	5
1. Gewalt gegen Medienschaffende.....	5
2. Gewalt gegen indigene Umweltaktivist*innen.....	8
3. Gewalt gegen LGBTIQ*	10
4. Gewalt gegen Migrant*innen.....	12
Was tun? Allgemeine Erwartungshaltungen an Deutschland.	14

Überblick. Ein Panorama der Unsicherheit

Mexiko ist von extremer Gewalt geprägt. Das ist keineswegs neu, sondern systemischer Bestandteil des mexikanischen Alltags seit Ende 2006. Die damalige Regierung verordnete den sogenannten Krieg gegen die Drogenkartelle. Die Menschenrechtsverletzungen – in Form von Folter, sexueller Gewalt, extralegalen Hinrichtungen, Vertreibungen, Entführungen, willkürlichen Verhaftungen, gewaltsames Verschwindenlassen, Angriffen auf die Meinungsfreiheit und weitere Verbrechen, die sowohl von kriminellen als auch von staatlichen Akteuren begangen werden – breiten sich seitdem unkontrollierbar aus. Ganze Landstriche und Städte sind den Gewaltakteur*innen heute temporär oder permanent ausgeliefert. 2018 gilt mit über 33 341 Morden als das Jahr mit den meist registrierten Morden seit Ende der 1990er Jahre. Ein Ende dieser Gewaltspirale ist nicht in Sicht.

Dennoch hegen die Menschen in Mexiko Hoffnung für eine bessere Zukunft. Andrés Manuel López Obrador trat am 1. Dezember sein Amt als neuer Staats- und Regierungspräsident an. Wie kein anderer vor ihm verkörpert er das millionenfach geteilte Bedürfnis nach einem Mexiko ohne Armut und Unsicherheit. Sowohl die Mehrheiten in den gesetzgebenden Instanzen auf Bundesebene nach den Wahlen im Juli 2018 als auch die hohen Zustimmungswerte in der Bevölkerung untermauern diesen Wunsch. Unter seinen beiden Vorgängern wurden innerhalb von nur zwölf Jahren über eine viertel Millionen Menschen ermordet. Mehr als 40 000 Menschen gelten als verschwunden. Die Dunkelziffer liegt in beiden Fällen weit darüber.

Regierung unter López Obrador: Kritik und Optimismus

Die Partnerorganisationen der *DMRKM*, von *Reporter ohne Grenzen* und der *Heinrich Böll-Stiftung*, die zum Thema Menschenrechte in Mexiko arbeiten, teilen die Hoffnungen, vor allem hinsichtlich einer Verbesserung der Menschenrechtslage, nur bedingt.

Mit Blick auf Aufgaben und Herausforderungen während der sechsjährigen Legislaturperiode formuliert es Santiago Aguirre, Vize-Direktor des Menschenrechtszentrums ProDH in

Mexiko-Stadt¹, wie folgt: „Als organisierte Zivilgesellschaft müssen wir für ein politisches Gegengewicht sorgen.“ Dies ist vor allem deswegen wichtig, „weil es weder im Senat noch in der Abgeordnetenversammlung eine funktionierende parlamentarische Opposition gibt“, beobachtet Iván Taglé, Direktor von YAAJ², das als mexikoweites Netzwerk zu den Rechten von LGBTIQ* arbeitet.

Hinzu kommt eine Straflosigkeit von über 90 Prozent. Diese Problematik lässt sich aber nicht nur auf das Justizsystem eingrenzen. Die fehlende Strafverfolgung ist vielmehr eine strukturelle Schwäche des gesamten politischen Systems. „In solch einer Krise hilft kein politischer Wille, sondern lediglich technische Fähigkeiten, um dem beizukommen und das Institutionengefüge zu stärken“, so der analytische Blick des Juristen Santiago Aguirre. Er betont außerdem, dass es wichtig sei in noch offenen, emblematischen Fällen, wie dem Verschwinden der 43 Lehramtsstudierenden in Ayotzinapa, Gerechtigkeit und Wahrheit zu erlangen. Denn die Inangriffnahme der Straflosigkeit in der Vergangenheit sei das Zeichen des Wandels, das Mexiko brauche.

Zusammen mit Balbina Flores, Vertreterin von Reporter ohne Grenzen (ROG)³ in Mexiko, Isela González, Direktorin der Alianza Sierra Madre A.C. (ASMAC)⁴, Letty Gutiérrez von der Mexikosektion der Scalabrinianas Misión para Migrantes y Refugiados (SMR)⁵, sowie Lucía Lagunes, Direktorin des Zentrums Comunicación e Información de la Mujer (CIMAC)⁶, teilen sie die Einschätzung, dass bestimmte politische Programme und Handlungen von López Obrador, wie zum Beispiel die Einführung der Nationalgarde unter Beteiligung von Militärs, autoritäre Züge aufweisen und zu einer Verschlechterung der Situation für die sowieso schon verwundbaren Gruppen beitragen. Lucía Lagunes wies in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Stigmatisierung der Journalistinnen hin.

¹ Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez, ver: <http://centroprodh.org.mx>

² Transformando tu Vida A.C. (YAAJ), ver: <http://yaajmexico.org>

³ Reporteros sin Fronteras (ROG) para México, ver: <https://rsf.org/es/mexico>

⁴ Alianza Sierra Madre (ASMAC) Chihuahua, ver: <http://alianzasierramadre.org/es/>

⁵ Scalabrinianas, Misión para Migrantes y Refugiados, sección México, ver: <https://www.facebook.com/pages/category/Nonprofit-Organization/Scalabrinianas-Misión-con-Migrantes-y-Refugiados-1709823382589599/>

⁶ Centro de Comunicación e Información de la Mujer (CIMAC), ver <https://www.cimac.org.mx>

Insgesamt ist diese Entwicklung beunruhigend und sollte kritisch durch die Zivilgesellschaft begleitet werden, so der Konsens unter den sechs Menschenrechtsverteidiger*innen.

Dennoch bewertet es Aguirre als positiv, dass López Obrador den direkten Kontakt mit der Bevölkerung sucht. Im Gegensatz zur Unnahbarkeit seines Vorgängers: „Wir haben sechs Jahre hinter uns, in denen der Präsident de facto nicht zugänglich war.“ López Obrador bricht damit und schafft so zumindest die Möglichkeit, dass Botschaften aus der Bevölkerung und der organisierten Zivilgesellschaft auch zu ihm durchdringen. Dazu trägt das Umfeld seiner Mitarbeiter*innen und Kabinettsmitglieder bei. Sie sind offen und ansprechbar für bestimmte marginalisierte Gruppen. Zugleich gibt López Obrador einem großen Teil der mexikanischen Bevölkerung eine Stimme und garantiert ihnen den Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Programmen. Dennoch beunruhigt, dass auf der Suche nach einer direkten Kommunikation zwischen Regierung und Bevölkerung, die organisierte Zivilgesellschaft als Vermittler verstanden und verallgemeinernd in Frage gestellt wird.

Äußerst kritisch fällt die Bewertung des Sicherheitskonzepts durch die Referent*innen aus. Von der Regierung wurde ein neuer Sicherheitskörper, die „Guardia Nacional“, ins Leben gerufen. Dafür stellte der mexikanische Kongress die verfassungsrechtlichen Weichen. Die Nationalgarde wird als eine militarisierte Polizei agieren und zukünftig für die Innere Sicherheit zuständig sein. Aus Sicht der mexikanischen Menschenrechtsorganisationen wird die angestrebte Sicherheit auf diese Weise nicht gewährleistet werden können. Vielmehr ist mit einer Fortsetzung von Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Akteure zu rechnen.

Die Guardia Nacional ist vor dem Hintergrund des *Gesetzes zur Inneren Sicherheit* unter López Obradors Vorgänger Enrique Peña Nieto zu sehen. Dieser hatte es zum Ende seiner Amtszeit eingebracht. Das Gesetz war vom mexikanischen Kongress verabschiedet worden, wurde aber noch nicht einmal ein Jahr später vom Höchsten Gericht Mexikos für verfassungswidrig erklärt. Nichtsdestotrotz wiederholte die neue Regierung mit der Einführung der Guardia Nacional ein ähnliches Muster.

Eine der wichtigsten Herausforderungen ist es, die Freiheit der Journalist*innen und der

Medien zu garantieren, durch deren kritische Arbeit jede Demokratie gestärkt wird. Dafür ist es dringend notwendig den Mechanismus zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen durch Personal zu stärken, das in den Bereichen Menschenrechte, Gender und Meinungsfreiheit spezialisiert ist. Laut den öffentlichen Statistiken standen bis Januar 2019 bereits 800 Personen unter dem Schutz dieses Mechanismus. Die Morde an unter diesem Schutz stehenden Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen in den ersten drei Amtsmonaten der neuen Regierung zeigt, dass es dringend notwendig ist die Koordinierung mit staatlichen Behörden zu stärken und eine umfassende Schutzpolitik zu entwickeln.

Vier Felder von Menschenrechtsverletzungen

Die DMRKM, Reporter ohne Grenzen und die Heinrich-Böll-Stiftung arbeiten in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte mit Organisationen in Mexiko zusammen. Während der Tagung gab es vier Foren, in denen im deutsch-mexikanischen Austausch verschiedene Arten von Menschenrechtsverletzungen besprochen wurden. Diskutiert wurde darüber hinaus, welche Handlungsoptionen sich für deutsche und mexikanische Akteure ergeben.

1. Gewalt gegen Medienschaffende

Kontextbeschreibung

Vergleicht man die Anzahl der ermordeten Reporter*innen der letzten Jahre, so ist Mexiko weltweit eines der gefährlichsten Länder für Journalist*innen. Um die Gewalt gegen Medienschaffende zu verringern, wurde im Jahr 2012 auf Bundesebene der „Mechanismus für den Schutz von Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen“ geschaffen. Aktuell nehmen fast 300 Journalist*innen mexikowweit diesen Schutz in Anspruch. Dieser entwickelt laut der Direktorin von CIMAC, Lucía Lagunes, aber nicht für alle eine Schutzwirkung: „Es bedarf einer Reform des Mechanismus. Vor allem aber muss die Logik geändert werden, nach der der Mechanismus funktioniert. Der Schutz der Menschenrechte, allen voran das Recht auf freie Meinungsäußerung, muss zum zentralen Element werden.“

Balbina Flores von *Reporter Ohne Grenzen – Mexiko* merkt dazu an, dass sich die Journalist*innen des Risikos ihres Berufs häufig gar nicht bewusst sind. Ein Grund hierfür ist die schlechte Bezahlung, sodass viele noch einen zweiten Job ausüben müssen, um überleben zu können.

Außerdem leben Journalistinnen riskanter als ihre männlichen Kollegen. Neben dem Berufsrisiko sind sie zudem als Frauen gefährdet. Die Diskriminierung ist von einem solchen Ausmaß, dass im Zuge der #MeToo-Bewegung Journalistinnen mit dem Twitter-Hashtag #MeTooPeriodistas auf das gewalttätige Geschlechterverhältnis im Mediensektor hingewiesen haben. Auch wenn sie sexuelle Übergriffe bezeugen und anprangern, kommt es in den Medienunternehmen nur selten zu Konsequenzen für die Täter. „Die Straffreiheit ist wie eine offene Tür, die die Wiederholung der Verbrechen ermöglicht“, so Balbina Flores.

Unter López Obrador entfaltet sich nun eine neue Dynamik. Lucía Lagunes verortet die autoritären Anzeichen des Präsidenten vor allem in der Kommunikationsstrategie gegenüber jenen Journalist*innen, die ihm kritische Fragen stellen. Er diffamiert sie als „korrupt“ und bezweifelt die Legitimität ihrer Fragen. Dies kommt nahezu einer „Kriminalisierung“ gleich. „Vor allem bei den Journalistinnen tritt ein neues Phänomen auf“, so die Menschenrechtsverteidigerin, deren Zentrum sich für die Rechte von weiblichen Medienschaffenden einsetzt. „In den Online-Netzwerken findet eine Kampagne der Verleumdung und Verachtung statt. Und das mittels einer explizit gewalttätigen, vor allem sexistischen Sprache. Das ist nicht gesund für eine Demokratie“, urteilt sie.

Handlungsoptionen – Mexiko

Entscheidend sind umfangreiche Präventionsmaßnahmen, damit Übergriffe gegen Journalist*innen verhindert werden. „Es braucht einen integralen Schutz“, so Balbina Flores und meint damit unter anderem eine Überarbeitung der Risikoanalyse des Schutzmechanismus. Des Weiteren müssen ausreichend finanzielle Ressourcen und geschultes Personal bereitgestellt werden sowie ein Monitoring der Maßnahmen erfolgen. Hinzu kommt eine lange Liste von Vorschlägen, deren Umsetzung ebenfalls zu einer deutlichen Verbesserung der Lage führen würde, und hier nur aufgezählt werden kann:

- a) die Presseagenturen müssen handeln, wenn Journalist*innen gefährdet sind;

- b) Programme mit Mentor*innen müssen ausgearbeitet werden;
- c) unter den Journalist*innen müssen bessere Strukturen zur gemeinsamen und sicheren Vernetzung geschaffen werden;
- d) die Journalist*innenausbildung muss auch die Rolle und Aufgabe der Medienschaffenden in einer Gesellschaft thematisieren.

Handlungsoptionen – Deutschland & international

Die deutsche Bundesregierung kann zu einer stärkeren Sichtbarkeit des Problems beitragen. Durch Vermittlung von technischem Wissen und Fähigkeiten können außerdem Prävention und Selbstschutz verbessert werden; stets aber mit Hinweis darauf, dass der eigentliche Schutz durch den mexikanischen Staat gewährleistet werden muss.

Deutsche Medien können, zusammen mit weiteren internationalen Agenturen und vereint in einem internationalen Organ zur Begleitung und Überwachung von Richtlinien und Standards zum Schutz der Journalist*innen, einen sogenannten Best-Practice-Preis vergeben, um dadurch den mexikanischen Medien mehr Ansporn zur Erfüllung jener Standards zu liefern.

Hiesige Medien können bedrohte Medienschaffende unterstützen, indem sie gegen Bezahlung ihre Arbeiten veröffentlichen, wenn sich diese im Schutzmechanismus befinden. So verstummt ihre Stimme nicht und sie bekommen ein internationales Sprachrohr. Ein ähnliches Programm gibt es bereits mit türkischen Journalist*innen.

Außerdem könnte, in Zusammenarbeit mit NGOs und Stiftungen, ein Recherchenetzwerk aufgebaut werden, über das die Anonymität der Journalist*innen gesichert wäre.

Gegenüber der internationalen Gemeinschaft verlangen Balbina Flores und Lucía Lagunes mehr öffentlichen und medialen Druck in Fällen von Ermordungen und gewaltsamen Verschwindenlassen. Dieser soll dazu dienen, dass die Täter*innen verfolgt und bestraft werden. Beide schlagen auch Stipendienprogramme in sichereren Ländern vor. Durch internationale Therapeut*innenorganisationen könnten gefährdete Journalist*innen außerdem psychosoziale Hilfe bekommen, damit sie mit der Situation nicht allein gelassen werden.

2. Gewalt gegen indigene Umweltaktivist*innen

Kontextbeschreibung

Die Menschenrechtsverteidiger*innen, die die Einhaltung von Landrechten reklamieren und sich für den Schutz der Umwelt einsetzen, zählen zu den am stärksten marginalisiertesten Gruppen. Sie sind überdurchschnittlich häufig von Angriffen betroffen. In den ländlichen Regionen Mexikos ist dies oftmals die indigene Bevölkerung. Ihr gehören ca. 15 Millionen Menschen an und sie sprechen 68 verschiedene Sprachen.

Unter der Vorgängerregierung von López Obrador wurden 42 indigene Umweltaktivist*innen ermordet. Zwölf von ihnen in den zwei Gemeinden der Sierra Tarahumara im nördlichen Bundesstaat Chihuahua, wo die Organisation „Alianza Sierra Madre“ aktiv ist. Diese Gebiete sind aufgrund ihrer geographischen Abgeschiedenheit und reichhaltigen Biodiversität für verschiedene Gruppen von Interesse. „Allen voran sind es Holzunternehmen sowie nationale und internationale Bergbauunternehmen, die das Land der indigenen Bevölkerung zugesprochen bekommen, um in ihren Gebieten Ressourcen abzubauen. Zudem sieht das organisierte Verbrechen in den bergigen Gebieten die besten Anbauflächen für Marihuana und Schlafmohn. Aber auch die Präsenz der Sicherheitskräfte verringert die Gefährdungslage nicht“, berichtet die Direktorin von Asmac, Isela González. Gegenüber López Obrador, der zur Legitimation bestimmter Großprojekte zuletzt sogenannte Volksabstimmungen durchführen ließ, hält sie kritisch fest: „Von den Vereinten Nationen gibt es Normen und Richtlinien, wie Abstimmungen auf indigenem Gebiet durchgeführt werden müssen. Die Regierung von López Obrador erfüllt diese Standards nicht.“ So müssen die Abstimmungen guten Glaubens, in Übereinstimmung mit ihren Institutionen und Organisationsformen und mit vorheriger Information in den jeweiligen indigenen Sprachen abgehalten werden. Die Regierung von López Obrador kam dieser Vorgabe nicht nach. Abstimmungen über entscheidende Großprojekte der Regierung wurden zudem lediglich in den Gemeinden durchgeführt, die bereits während den Präsidentschaftswahlen mehrheitlich für López Obrador gestimmt hatten.

Hinter dem beschriebenen Kontext verbergen sich strukturelle Ursachen, die die aktuelle Regierung nicht zu verantworten hat. Die Hintergründe sind vielschichtig und teils grundlegender Bestandteil des mexikanischen politischen Systems: Sei es die Verfassung, die die indigenen Gruppen nicht als kollektive Rechtssubjekte berücksichtigt; die andauernden ländlichen Vertreibungsprozesse, die seit der Kolonialisierung Bestand haben; oder sei es auch, dass die Gesetzgebung dem Bergbau und Abbau von Rohstoffen Vorrang gegenüber anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten sowie individuellen und kollektiven Rechten verleiht.

Handlungsoptionen – Mexiko

Es sind zuallererst politische und juristische Reformen zugunsten des Pluralismus nötig, damit der Zugang zu Politik und Justiz auch für die indigene Bevölkerung garantiert wird. Darüber hinaus müssen Schutzmechanismen für bedrohte Menschenrechtsverteidiger*innen und ihre Gemeinden entwickelt werden, die die Bedürfnisse besser als bisher berücksichtigen.

Der Schutz und die Begleitung von Menschenrechtsaktivist*innen beinhaltet auch die Vermittlung von technischem Know-how, damit diese auf juristischem Wege mit internationalen Unternehmen und dem mexikanischen Staat verhandeln können. Die Gewährleistung ihrer indigenen kommunalen Autonomie ist dabei das höchste Gut.

Handlungsoptionen – Deutschland & international

Eine wichtige Unterstützung besteht darin, dass indigene Lebens- und Organisationsformen von deutschen Politiker*innen und der Bundesregierung anerkannt werden. Dabei ist es insbesondere das andere Verständnis der Beziehungen zwischen Mensch und Natur, weshalb sie extraktivistischen Eingriffen in die Umwelt ablehnend gegenüberstehen.

Extraktiver Bergbau ist mit indigenem Lebens- und Naturverständnis nicht vereinbar. Wenn die indigenen Völker dazu gehört werden, weil ihre Ländereien davon betroffen sind, so muss die Befragung nach den international anerkannten Prozederen erfolgen.

Deutschland könnte beispielsweise den Aufbau eines internationalen Gremiums unterstützen, das die Einhaltung dieser Vorgaben durch den mexikanischen Staat überprüft.

3. Gewalt gegen LGBTIQ*

Kontextbeschreibung

Angriffe auf LGBTIQ* kommen aus vielen Teilen der Gesellschaft. Besonders gefährdet sind die sexuellen und reproduktiven Rechte von LGBTIQ*. Die strukturelle Straflosigkeit ist eine ständige Begleiterin. Auch wenn es zum ersten Mal in der Geschichte Mexikos Senator*innen und Abgeordnete gibt, die sich als offen homosexuell bezeichnen, ist „die Gruppe der LGBTIQ* im öffentlichen Diskurs über Menschenrechte gänzlich unsichtbar“, beschreibt Iván Tagle von YAAJ. Als López Obrador noch regierender Bürgermeister der Hauptstadt war, wurden Gesetzesinitiativen zur Ausweitung sexueller Rechte von ihm ausgebremst.

Es gibt auch zahlreiche Angriffe auf die Rechte der Gruppe der LGBTIQ* aus der mexikanischen Gesellschaft heraus. Unter anderem manifestiert sich dies in dem 2016 gegründeten Bündnis „Nationale Front für die Familie“, als Reaktion auf die Legalisierung der Ehe für Alle durch den vorherigen Staatspräsidenten. Dieses Bündnis mobilisiert gegen die LGBTIQ*-Community, präsentiert sich dabei aber unter einem offenen und familienfreundlichen Deckmantel und birgt damit ein besonders gefährliches Potenzial, da es viele Menschen erreicht.

Dabei zeichnet sich eine Besorgnis erregende Entwicklung ab: Wo früher mit Bibelziten und offenem Hass argumentiert wurde, ist inzwischen die Sprache der Menschenrechte und der körperlichen Selbstbestimmung Teil der Strategie des konservativen Pushbacks in Mexiko. So wird z.B. gegen Abtreibung mit dem Recht auf Leben argumentiert. Sogenannte „Konversionstherapien“ seien durch die Religionsfreiheit gedeckt. Diese „Therapien“ sind eine große Bedrohung für Mexikos LGBTIQ*-Community und führen zu schrecklichsten Erfahrungen und Traumatisierungen, da Folterpraktiken wie Wasser- und Nahrungsentzug sowie körperliche und sexuelle Gewalt eingesetzt werden.

Gewalt gegen sexuelle und geschlechtliche Minderheiten wird normalisiert und dadurch ein Stückweit unsichtbar. Insbesondere Gewalt durch nahestehende Personen wie Familienmitglieder, Freund*innen, Kolleg*innen und Mitschüler*innen kommt sehr häufig

vor. Eine Negativspirale, in die viele Zugehörige der LGBTIQ*-Community geraten, beginnt häufig mit der Angst vor der eigenen Familie bzw. vor dem Outing im Familienkreis. Daraufhin verlassen viele LGBTIQ*s ihre Familien oder fliehen gar vor ihnen. Neben den emotionalen Verletzungen, die dies verursacht, verlieren betroffene Personen auch oft den Zugang zu ihren sozialen Netzwerken. Dies führt zu einer erhöhten Gefahr, von Obdachlosigkeit und Armut betroffen zu sein. Um über die Runden zu kommen, gibt es oft keine andere Möglichkeit, als lebensnotwendige Ressourcen durch Sexarbeit oder Diebstahl zu beschaffen. Dies bringt unsichere Arbeitsbedingungen und Kriminalisierung mit sich. Minderheiten sind ganz besonders von Gewalt betroffen – Migrant*innen und die, die sich für ihre Rechte einsetzen, trans*-Personen (insbesondere Transfrauen), arme Personen, Menschen mit Behinderung sowie Sexarbeiter*innen.

Der Gründer und Direktor von YAAJ artikuliert sein politisches Ziel mit klaren Worten: „Wir möchten ein Regierungsprogramm, in dem unsere Leben als LGBTIQ* respektiert werden.“

Handlungsoptionen – Mexiko

Nach dem Regierungswechsel wurde der Zugang zu antiretroviraler Therapie (ART) für HIV+ und AIDS-kranke Menschen beinahe unmöglich. Dadurch verschlechtert sich nicht nur der Gesundheitszustand der HIV+ und AIDS-kranken Menschen sondern das Risiko für Neuinfektionen nimmt zu. Außerdem stehen viele trans*-Personen vor einem Problem im Umgang mit Behörden und Institutionen: Es ist nicht möglich ihren Geburtsnamen und die Geschlechtsmarker auf Dokumenten zu ändern, was oft zu Diskriminierung führt.

Zum einen muss der Zugang zu Therapien und zu Medikamenten umfassend wiederhergestellt werden, zum anderen müssen institutionelle Hürden beseitigt werden.

Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit einer inklusiven Sexualerziehung in den Bildungseinrichtungen, die Safer Sex und diverse sexuelle und geschlechtliche Identitäten und Erfahrungen anerkennt.

Handlungsoptionen – Deutschland & international

Der mangelnde Zugang zu ART und Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, wurden ausgiebig in dem auf der Tagung eingerichteten Forum zu dem Thema diskutiert. In der Gruppe wurde Lobbyarbeit und eine erhöhte Sichtbarkeit des Problems sowie internationaler Druck als

mögliche Unterstützungsstrategien identifiziert. Der Referent, Iván Tagle, wies darauf hin, dass das Problem primär finanzieller Art ist, da es an Geld für die selbstständige Beschaffung von ART fehlt. Direkte Spenden an relevante Organisationen könnten die akuten Folgen des Medikamente-Notstandes abmildern.

Auch in manchen deutschen Bundesländern sind „Konversionstherapien“ legal. Die Kooperation von Menschenrechtsverteidiger*innen in Mexiko und Deutschland könnte für beide Seiten positive Effekte haben – auch, weil die mexikanische LGBTI*-Community zu diesem Thema bereits viele Strategien erarbeitet hat.

4. Gewalt gegen Migrant*innen

Kontextbeschreibung

Erst im Herbst 2018 wurde sich die internationale Gemeinschaft über das Ausmaß der Migration durch Mexiko gewahr. Die Karawane der Migranten und Migrantinnen wurde als „Exodus“ beschrieben. Es ist jedoch kein temporärer, sondern ein permanenter Exodus - es gab ihn schon vor der medienwirksamen Bezeichnung und es gibt ihn immer noch. Für die katholische Ordensschwester Letty Gutiérrez der Migrant*innenmission SMR stellt das Jahr 2007 einen „qualitativen Wendepunkt“ dar, und wurde zum „Vorzimmer dessen, was das ganze Land heute durchmacht.“ Die Menschenrechtsverteidigerin verweist auf die unzähligen, staatlich nicht registrierten Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Migrant*innen, die in ihrer großen Mehrheit aus Mittelamerika stammen. Von ihnen ist immer wieder zu hören: „Wir migrieren nicht. Wir fliehen.“ Eine zentrale Ursache für die Übergriffe auf die, die fliehen, ist die strukturelle Zusammenarbeit zwischen staatlichen Behörden und illegalen Akteuren: „An vielen Orten arbeiten die Marine, die Armee, die Bundespolizei und lokale Polizeieinheiten mit dem organisierten Verbrechen zusammen. Die Migrant*innen werden einfach eingetauscht. Die Migrationsbehörde INE übergibt sie an das Kartell, das das jeweilige Gebiet kontrolliert“, so Letty Gutiérrez.

Die Hilfe für die Betroffenen wird hauptsächlich durch die Zivilgesellschaft und die katholische Kirche organisiert. Von der Regierung wird kaum Schutz geboten. Der Scalabrini-Orden bietet schutzsuchenden Menschen in Migrant*innenherbergen ein Dach über dem Kopf sowie Hilfe und Unterstützung bei der Anklage von Menschenrechtsverletzungen vor der Staatsanwaltschaft („ministerios públicos“). Dies stellt für die Helfer*innen jedoch immer wieder ein großes Hindernis dar, da sie großen Einschüchterungen ausgesetzt sind, bis hin zu Todesdrohungen.

Mittlerweile wird von Menschenrechtsverteidiger*innen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene die Aufklärung der Verbrechen gefordert. Die Bedingungen, unter denen Geflüchtete leben müssen, sowie der Umgang mit ihnen seien seitens der mexikanischen Behörden teilweise menschenunwürdig. Beispiel dafür sind die engen, vollgestopften Busse, in die die Menschen verfrachtet werden, ohne Rücksicht auf Schwangere oder Kinder, sowie die Gewalt mit denen die Geflüchteten teilweise konfrontiert werden.

Da die Migrant*innen in der Regel ihre Rechte nicht geltend machen, können sich die Täter*innen jeglicher Verantwortung entziehen und müssen keinerlei Konsequenzen fürchten. Strafverfolgungen werden nicht durchgeführt, da kaum ein*e Migrant*in lange genug bis zum Ende eines Prozesses im Land bleibt. Trotz erhöhter VISA-Vergabe unter der neuen Regierung gibt es keine Zeichen einer realen Verbesserung der Migrationspolitik des neuen Präsidenten.

Mexiko führt seit mehreren Jahren mehr Abschiebungen durch als die USA. Menschenrechtsverletzungen werden dadurch weiter anwachsen. Angetrieben vor allem auch dadurch, dass Migration als gutes „Geschäft“ gilt, da Migrant*innen eine äußerst verletzte Gruppe darstellen und somit leicht Opfer von Ausbeutung und Gewalt werden können.

Handlungsoptionen – Mexiko, Deutschland & international

Die Transmigration durch Mexiko muss umfassend legalisiert werden, um den Migrant*innen ihre Rechte zu garantieren. Sowohl mexikanische

Menschenrechtsverteidiger*innen als auch internationale Regierungen und Politiker*innen müssen politischen und diplomatischen Druck ausüben, damit Mexiko die Legalisierung vollzieht.

Bei Verhandlungen über Wirtschaftsverträge und Freihandelsabkommen müssen die Menschenrechtssituation sowie die Straflosigkeit angesprochen und Maßnahmen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen Bestandteil der Verträge werden.

Aber auch deutsche Unternehmen mit Standorten in Mexiko und in Zentralamerika müssen vermehrt in die Verantwortung genommen werden und die Einhaltung der Menschenrechte vor Ort besser überprüft werden. Verpflichtungen können sich hier aus dem „Nationalen Aktionsplan für Menschenrechte ergeben“, der Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten aufruft.

Zudem würde die Anerkennung von Geflüchteten erleichtert, wenn die internationale Gemeinschaft die fehlende Staatlichkeit in vielen der Herkunftsländer anerkennt. So müssten weniger Nachweise über staatliche Verfolgung und Gewalt gegenüber Geflüchteten geführt werden und sie würden zügiger anerkannt.

Was tun? Allgemeine Erwartungshaltungen an Deutschland.

Im abschließenden Plenum wurden die Ideen der Partnerorganisationen in Bezug auf Handlungsmöglichkeiten deutscher Akteure zusammengetragen.

Allem voran ist der transparente und kritische Umgang mit der mexikanischen Bundesregierung wichtig. Als Kanzlerin Angela Merkel in Mexiko zu Besuch war, sprach sie López Obradors Vorgänger Peña Nieto auf die Gewalt gegen Medienschaffende an. „Es war sehr wichtig für Mexiko, dass Merkel ihre Kritik äußerte, denn in der ganzen Regierungsperiode gab es keine weiteren Präsident*innen, die sich öffentlich so positionierten“, kommentiert Santiago Aguirre von ProDH.

Generell wird darauf verwiesen, dass bei zukünftigen Mexiko-Besuchen deutscher Politiker*innen stets auch Gespräche mit Menschenrechtsorganisationen und Opferverbänden – wie z.B. mit Familienangehörigen Verschwundener, die sich in vielen Bundesstaaten zu professionell arbeitenden Kollektiven zusammen getan haben – suchen

sollten. Dadurch kann von außen auf jene Punkte aufmerksam gemacht werden, die die mexikanische Regierung bisher nur unzureichend oder überhaupt nicht bearbeitet. „Das kann zur Aufgabe der ausländischen Regierungen werden“, schlug Lucía Lagunes vor.

López Obrador schafft in der Bevölkerung zurzeit ein Klima des Misstrauens und der Ablehnung gegenüber der organisierten Zivilgesellschaft. Er behauptet, sie seien alle korrupt und wollen seine Regierung destabilisieren. Indem sich deutsche Politiker*innen sowie die deutsche Botschaft mit Vertreter*innen genau jener Organisationen treffen, können sie Generalisierungen entgegenwirken und den Organisationen zu erneuter Legitimität verhelfen. „Das ist für uns gerade ungemein wichtig“, so die Einschätzung von Santiago Aguirre.

Im direkten Austausch mit der mexikanischen Regierung sollte festgehalten werden, dass zum einen die internationale Gemeinschaft den Willen zum Wandel und erste Ansätze zur Umsetzung begrüßt. Zugleich bedarf es konkrete Maßnahmen und Vorschläge, um diesen Willen auch umzusetzen. Vor allem hinsichtlich der Wahrheitsfindung und der Durchsetzung von Gerechtigkeit, um dadurch der Straflosigkeit entgegen zu wirken, sollte die neue Regierung aktiv werden. „Mexiko ist eines der Länder mit den meisten internationalen Empfehlungen seitens der UN und der Interamerikanischen Menschenrechtskommission. Es ist an der Zeit, diese auch zu implementieren“, so Lucía Lagunes.

Auf der Policy-Ebene ist die bilaterale Kooperation bei Menschenrechtsthemen wie sie vom Auswärtigen Amt aufgesetzt und von der GIZ umgesetzt werden von großer Bedeutung. Die Referent*innen betonten diesbezüglich, dass diese Projekte nicht nur staatliche Institutionen stärken, sondern auch die Zivilgesellschaft und die Arbeit mit Opfern. In diesem Zusammenhang könnte die Schaffung spezieller Mechanismen zur forensischen Identifikation relevant sein, um den Rückstand des forensischen medizinischen Dienstes bei Identifikation von menschlichen Überresten aufzuarbeiten.

Außerdem wurde die Wichtigkeit Deutschlands bei der Aufklärung von Korruptionsdelikten, die in Verbindung zu deutschen Wirtschaftsaktivitäten stehen, betont. Mexikanische Beamt*innen, die in Korruptionsdelikte verwickelt sind, müssten verfolgt und sanktioniert

werden. In diesem Zusammenhang wurde auf den Fall der illegal nach Mexiko importierten Waffen von Heckler & Koch verwiesen, bei dem korrupte mexikanische Militärs involviert sind, die bis heute nicht untersucht wurden. Deutschland könnte dazu beitragen, dass dies nicht straflos bleibt.

Neben einem geforderten verstärkten Austausch mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen und einer Ausweitung besagter Projekte im Rechtsstaatsbereich, ist die Bekämpfung der organisierten Kriminalität auf allen Ebenen vonnöten. „Man muss die Finanzstruktur der Kartelle zerlegen“, macht González deutlich. Nur so könne auch verhindert werden, dass die mexikanische Jugend – aus Mangel an zukunftssträchtigen Optionen – in die Arme des organisierten Verbrechens getrieben werde.

Ebenso wird von mexikanischer Seite angeregt, den bereits existierenden staatlichen Schutzmechanismus zu verbessern. Für bedrohte Menschenrechtsverteidiger*innen sollte die Möglichkeit geschaffen werden, sich für eine bestimmte Zeit von ihrer Aktivität zurückziehen zu können. Es sollten Aufenthaltsmöglichkeiten in einer anderen Region oder in einem anderen Land geschaffen werden. Die deutsche Bundesregierung kann darin eine Vorreiterrolle einnehmen, und eigeninitiativ tätig werden, indem sie den Aufbau solch eines schutzgebenden Instruments nicht nur fordert sondern auch mit begleitet.

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko ist ein Netzwerk von:

Amnesty International Deutschland e.V., Brot für die Welt, CAREA e.V., Initiative Mexiko, Mexiko-Initiative Köln/Bonn, México vía Berlin e.V., Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR, Missionsprokur der deutschen Jesuiten, Missionszentrale der Franziskaner, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pacta Servanda e.V., Partner Südmexikos, e.V., pax christi Kommission Solidarität Eine Welt, Peace Brigades International und Promovio e.V.